

„EU darf nicht nur alle fünf Jahre Thema sein“

Wenig Interessierte bei SPD-Veranstaltung zur Europawahl in Gifhorn

Von Carola Peiser

Gifhorn. „Ich hoffe, das ist kein Omen für die Europawahl am 7. Juni“, äußerte SPD-Unterbezirksvorsitzender Detlef Tanke. Montagabend hatten die Sozialdemokraten zu einer Veranstaltung zur Europawahl mit Bundestagsabgeordneter Eva Högl als Referentin eingeladen – aber nur 14 Interessierte kamen ins Hotel Deutsches Haus.

Leiharbeit – gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz oder die Beschäftigung von älteren Menschen über 50 Jahre nannte Högl, die seit zehn Jahren im Europaausschuss mitarbeitet, als positiv Erreichtes. Für die Europawahl trete die SPD für ein starkes und soziales Europa ein. Um etwas bewirken zu können, müsse die Europawahl genauso präsent in den Köpfen der Menschen sein, wie die Landtags-



Detlef Tanke hatte Eva Högl zu einer Veranstaltung zum Thema Europawahl nach Gifhorn eingeladen.
Foto: Peiser

oder Bundestagswahl. Högl: „Europa darf nicht nur alle fünf Jahre acht Wochen vor der Wahl ins Bewusstsein kommen. Man muss regelmäßiger darüber sprechen.“ Der Landtagsabgeordnete Klaus Schneck merkte an: „Man muss sich auch mal die

Dimension von Europa vorstellen. Der Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Man muss bewusst Europäer werden.“ Dem stimmte Högl zu und ergänzte: „Für viele ist es selbstverständlich, in anderen Ländern zu studieren oder zu reisen. Aber

das ist alles hart erkämpft. Mal eben übers Wochenende nach Prag fahren war vor 20 Jahren noch nicht möglich.“

Das Thema Soziales sei in allen Parteien ein sperriges Thema. „Gerade jetzt in der Finanzkrise muss man den verunsicherten Menschen Sicherheiten geben. Aber auf EU-Ebene können wir nur wenig machen, dort ist alles noch sehr wirtschaftlich ausgerichtet“, informierte die Sozialdemokratin. Auf der Agenda habe man zum Beispiel die Umsetzung des Lissabon-Vertrages, damit die EU handlungsfähiger werde, oder die gesetzliche Mindestlohneinführung. Aber auch die Frage der Mitbestimmung des Europäischen Betriebsrates müsse geklärt werden. „In Europa gibt es 27 verschiedene Systeme, jedes Land will sein eigenes erhalten, aber wir benötigen Regelungen“, betonte Högl. Schließlich seien Betriebe inzwischen sehr

mobil und es könne nicht sein, dass Unternehmen ihren Sitz in Europa verlagern um Gesetze zu umgehen.

Zum Thema Vergaberecht und Ausschreibungen wollte Manfred Simon in seiner Funktion als Kreis-Bauausschussvorsitzender wissen: „Wir haben keine Möglichkeit, vor Ort Projekte auszuschreiben, um die heimische Wirtschaft zu stärken. Unsere Firmen können lediglich als Subunternehmen fungieren, und auch das ist oft schwierig.“ „Da kann ich leider keine Lösung anbieten. Eine Bevorzugung der heimischen Wirtschaft wird nicht durchsetzbar sein“, entgegnete Högl. Man habe sich darauf geeinigt, allen in der EU die gleichen Chancen zu geben. Einzig an den Kriterien müsse man etwas ändern – das beinhalten, ob ein Betrieb ausgebildet, ob Frauen beschäftigt werden oder Mindestlöhne gezahlt werden.